

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Wow! – In der heutigen „Wahlkreispost“ habe ich nur gute Nachrichten für euch. Ihr glaubt mir nicht? Ich weiß, das gab es in der letzten Zeit sehr selten. Aber ich will euch gerne vom Gegenteil überzeugen:

Da wäre zunächst die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, die nun nach Jahren der Blockade durch CDU und CSU endlich Realität geworden ist. Es ist wurde aber auch wirklich Zeit, dass gleiche Liebe auch gleiche Rechten und Pflichten erhält. Ein wahrer Tag der Freude!

Da wäre das starke SPD-Regierungsprogramm, das auf dem Parteitag am 25. Juni einstimmig beschlossen wurde. Auch hier war die Stimmung einhellig positiv. Ein kämpferischer Kanzlerkandidat mit einem sozial gerechten Regierungsprogramm und eine geschlossene Partei werden der Union nicht kampflös das Feld überlassen. Venceremos!

Da wäre die zweite Themenkonferenz zum Masterplan „Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz“, die ich als Ministerin veranstaltet habe und die viele positive Erkenntnisse zutage förderte: denn gerade in Zeiten der Digitalisierung kann die betriebliche Mitbestimmung als Erfolgsmodell neue Möglichkeiten der Beteiligung schaffen.

Weiterhin hat der Deutsche Bundestag – Stichwort: Digitalisierung – mit einer Änderung des Telemediengesetzes endlich den Weg frei gemacht für offenes WLAN. Auch das: eine gute Nachricht!

Nicht zuletzt gibt es gute Nachrichten für unseren Landkreis: Die von der Landesregierung auf eine Dreiviertel Million Euro aufgestockten Fördermittel für die Ferienbetreuung von Schulkindern macht die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch mal ein Stück leichter.

Ihr seht: nur gute Nachrichten. – In dem Sinne: euch eine gute Woche!
Eure Sabine



GLEICHE LIEBE – GLEICHE RECHTE!

Nach langem Ringen: Bundestag beschließt „Ehe für alle“

Nach vielen Jahren der Blockade durch die Unionsparteien hat der Deutsche Bundestag am vergangenen Freitag die Öffnung der zivilen Ehe für gleichgeschlechtliche Paare beschlossen. Damit sind nun alle Menschen in Deutschland in ihrer Liebe vor Recht und Gesetz gleichgestellt.

Der Weg bis dahin war ein langes und Zähes ringen, zunächst über die Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft durch die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder im Jahre 2001. Nach dem SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vor Kurzem beschlossen hatten, nach der Bundestagswahl im Herbst keine Koalition ohne die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare einzugehen, standen CDU, CSU und AfD allein in dieser Frage da und es entfaltete sich in der vergangenen Woche eine plötzliche Dynamik: Während einer Veranstaltung der Zeitschrift „Brigitte“ stellte die Kanzlerin unter diesem Druck schließlich in Aussicht, eine mögliche Abstimmung im Bundestag über „Ehe für alle“ künftig als eine Gewissensfrage behandeln zu wollen. Der SPD-Parteivorsitzende Martin Schulz kündigte daraufhin an, dass die SPD-Bundestagsfraktion noch in der laufenden Woche die Abstimmung im Deutschen Bundestag über die „Ehe für alle“ herbeiführen werde. Ein vom Bundesrat beschlossener „Gesetzesentwurf zur Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen des gleichen Geschlechts“ war dort bereits im März 2013 von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und dem Land Rheinland-Pfalz eingebracht und an den Bundestag überwiesen worden.

Am Mittwoch kam es im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages vor der Beschlussfassung am Freitag dann zum letzten Aufbäumen der Union, die dort geschlossen gegen den Antrag stimmte, während die SPD gemeinsam mit der Opposition den Gesetzesentwurf durchsetzte. In der Union war in der vergangenen Woche viel von einer „überhasteten“ Aktion und „Holterdipolter“ die Rede. Für die Menschen die nun erst jetzt zu ihrem guten Recht kommen, gingen die 68 Jahre seit Inkrafttreten des Grundgesetzes und die zwölfjährige Blockade der Merkel-CDU gegen dieses Thema sicherlich alles andere als "überhastet" über die Bühne.

Nach der Entscheidung am Freitag dürfte das vielen aber auch herzlich egal sein: Denn hierbei ging es nicht um Wahlkampf oder Parteipolitik – sonder darum, dass nun endlich auch in Deutschland gilt: gleiche Liebe – gleiche Rechte – gleiche Pflichten. Und wie sagte einst Klaus Wowereit? „Und das ist auch gut so.“



„Auf in den Kampf! Venceremos!“

Die SPD hat geschlossen das Regierungsprogramm für die Bundestagswahl beschlossen. Unter anderem sollen 80 Prozent der Menschen von Steuern und Abgaben entlastet werden. Das Rentenniveau soll nicht weiter absinken – und das Rentenalter nicht steigen. Kanzlerkandidat Martin Schulz betonte auch leidenschaftlich die Bedeutung eines einigen und starken Europas.

Martin Schulz hielt auf dem entsprechenden Programmparteitag in Dortmund mit einer kämpferischen Rede auf einen heißen Wahlkampf eingeschworen. Er begeisterte damit die mehr als 6500 Gäste und Delegierte in der Westfalenhalle. Das SPD-Regierungsprogramm wurde einstimmig beschlossen.

Schulz übte in seiner Rede auch scharfe Kritik an der Union und ihrer demokratieverachtenden Wahlkampfstrategie – aus Kalkül die Auseinandersetzung mit der SPD bei wichtigen politischen Themen wie Rente und Steuern zu vermeiden. Die SPD kontert mit einer politischen Vision für die Zukunft Deutschlands.



„Wir werden kämpfen, kämpfen, kämpfen“

Altkanzler Gerhard Schröder, SPD-Vize Manuela Schwesig und die Jusos-Vorsitzende Johanna Ueckermann hatten zuvor alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer motiviert, engagiert Wahlkampf zu machen: „Die Bundestagswahl ist noch völlig offen. Wir werden kämpfen, kämpfen, kämpfen, damit wir gewinnen und damit Martin Schulz der neue Kanzler wird“, gab Manuela Schwesig das Ziel vor.

Geschlossen hinter Martin Schulz

Eine selbstbewusste Partei stellte sich geschlossen hinter Martin Schulz und sorgte für eine grandiose Stimmung auf dem Parteitag – mit Live-Musik und guter Debatte.

Und mit einem starken Programm: Die SPD steht für eine moderne Politik, die Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg verbindet. Für eine Politik, die den Zusammenhalt gerade in Zeiten des Wandels sichert, für sichere Renten, bessere Bildungschancen und Lohngerechtigkeit. Bei Steuern und Abgaben will die SPD 80 Prozent der Menschen entlasten, Spitzenverdiener und reiche Erben sollen hingegen mehr beitragen. Und bei der Rente werden das Rentenniveau gesichert – ohne bis 70 arbeiten zu müssen, wie es die CDU will. Mütter und Väter sollen außerdem dabei unterstützt werden, partnerschaftlich Beruf und Familie vereinbaren zu können. Die Ehe für Alle soll eine Bedingung für einen möglichen Koalitionsvertrag werden. Die SPD setzt sich in diesen unsicheren Zeiten für friedliche Konfliktlösung und Abrüstung ein – und nicht auf Aufrüstung wie die CDU.

„Wir können es schaffen, stärkste Partei zu werden!“

Mit einer mutigen Politik für eine gute und gerechte Zukunft und dabei klarer Abgrenzung zur Union setzt die SPD auf eine Wechselstimmung im Land. Altkanzler Gerhard Schröder hatte es 2005 vorgemacht und einen großen Rückstand bis zum Wahltag aufgeholt: „Wenn wir in den nächsten Wochen alle mobilisieren und um jede Stimme kämpfen, dann können wir es schaffen, stärkste Partei zu werden!“, so Schröder. Martin Schulz sei der Richtige: „Du hast alles was du für das Amt brauchst. Und du hast eine kampferprobte Partei, die für Dich da sein wird.“ Seine viel beachtete und immer wieder von spontanem Applaus unterbrochene Rede beendete er mit dem selbstbewussten Aufruf: „Auf in den Kampf! Venceremos!“ (= span. *Wir werden siegen!*) – und ertete damit stehende Ovationen der versammelten Genossinnen und Genossen ab, die seinen Zuspruch dankbar aufnahmen.

„Ein Bundeskanzler, der den Mut hat anzupacken“

Die Juso-Vorsitzende Johanna Ueckermann machte deutlich, warum die junge Generation im Land einen Wechsel will: „Ich habe es satt, dass für Merkel der Machterhalt mehr zählt, als etwas für die junge Generation zu tun. Meine Generation braucht endlich einen Bundeskanzler der den Mut hat anzupacken. Der sich nicht scheut, die großen Fragen anzugehen und der weiß, was die Leute umtreibt. Wir wollen einen Kanzler, der sich den Rechtspopulisten mit aller Kraft in den Weg stellt. Dieser Kanzler ist Martin Schulz!“

Das vollständige und nun offiziell beschlossene Regierungsprogramm kann unter folgenden Link heruntergeladen werden: [Klick!](#)



„BETRIEBLICHE MITBESTIMMUNG GERADE BEI DIGITALISIERUNG EIN ERFOLGSMODELL“

Zweite Themenkonferenz zum Masterplan „Zukunft der Arbeit“

„Die Digitalisierung verändert die Art und Weise wie wir arbeiten grundlegend. Wie bei wenigen anderen Entwicklungen kommt es hier darauf an, dass wir sie gestalten und die betriebliche Mitbestimmung gibt uns dafür das richtige Instrument an die Hand. Wir müssen deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das deutsche Mitbestimmungssystem auch in Zeiten der Digitalisierung seinen Erfolgsweg fortsetzen kann“, sagte Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler anlässlich der zweiten themenspezifischen Regionalkonferenz zum Masterplan „Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz“.

Unter dem Titel „Auf dem Weg zum Innovationsmotor? Mitbestimmung in der Arbeitswelt 4.0“ diskutierten Sozialpartner, Politik und Wissenschaft, vor welchen Herausforderungen die betriebliche Mitbestimmung steht. Passend zum Thema der Veranstaltung konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über eine eigens angebotene „Arbeit 4.0-App“ mitbestimmen, welche Fragen auf dem Podium diskutiert wurden sowie an Live-Abstimmungen teilnehmen. Dabei standen Fragen im Vordergrund wie: Wie kann Mitbestimmung helfen, Innovationsprozesse erfolgreich zu gestalten? Wo müssen Betriebsräte die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Risiken der Digitalisierung schützen? Wie können digitale Möglichkeiten neue Beteiligung der Arbeitnehmerschaft ermöglichen?

„Die Betriebsräte in den Unternehmen müssen über das Wissen verfügen, um die komplexen und technischen Zusammenhänge auf Augenhöhe mit den Unternehmensleitungen beurteilen zu können“, forderte die Ministerin. Dies gelte insbesondere im Hinblick auf den Beschäftigtendatenschutz, der ihr ein besonderes Anliegen sei. Zwar ginge es bei vielen Anwendungen gar nicht primär darum, die Beschäftigten selbst zu überwachen, sondern hätten zum Ziel, Prozesse zu optimieren. Als Nebenprodukt fallen jedoch große Datenmengen an, mittels derer sich das Verhalten der Beschäftigten automatisiert erfassen und analysieren lasse. Der Mitbestimmung komme hier die wichtige Aufgabe zu, einerseits den vorurteilsfreien Einsatz dieser vielfach zunächst einmal sinnvollen Techniken zu ermöglichen, andererseits aber die Persönlichkeitsrechte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu garantieren.

Die technischen Möglichkeiten dürften nicht dazu führen, dass die Arbeit von Menschen ausschließlich durch Maschinen überwacht werde, sagte sie. Deshalb komme dem Thema Beschäftigtendatenschutz eine wachsende Bedeutung bei der Mitbestimmung zu. Weil Arbeit 4.0 oft auch eine neue Arbeitsteilung interner und externer Arbeitskräfte mit sich bringt, dürfe die Mitbestimmung auch bei neuen Beschäftigungsformen wie Crowdfunding nicht vernachlässigt werden, hob Bätzing-Lichtenthäler hervor.

„Es ist im eigenen Interesse der Unternehmen, dass sie und ihre Personalräte bei der internen Kommunikation neue digitale Möglichkeiten nutzen und damit auch neue Möglichkeiten der Beteiligung schaffen. Das fördert auch die Innovation und Ideenentwicklung und nicht zuletzt eine gelebte



Sozialpartnerschaft. Außerdem zeigt die Erfahrung, dass Unternehmen mit einer starken Mitbestimmung erfolgreicher sind als andere. Das dürfen wir gerade in Zeiten von Digitalisierung und Big Data nicht aus den Augen verlieren“, betonte Ministerin Bätzing-Lichtenthäler.

Das Thema betriebliche Mitbestimmung ist ein zentraler Baustein bei der Erarbeitung des Masterplans „Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz“. Der Masterplan wird unter Federführung des Arbeitsministeriums zusammen mit den Partnerinnen und Partnern des Ovalen Tisches (OT) der Ministerpräsidentin sowie Expertinnen und Experten entwickelt. Die Ergebnisse der themenspezifischen Konferenzen in vier Regionen, an denen alle Partner des OT sowie Bürgerinnen und Bürger, aber

auch Verbände und Betriebe die Möglichkeit haben, sich einzubringen, fließen in ein Strategiepapier ein, das konkrete, aufeinander abgestimmte Zielsetzungen enthält, um den Wandel der Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz aktiv zu gestalten.

Weitere Themenkonferenzen finden statt am 28. August in Neuwied zum Thema Bildung bzw. Qualifizierung und am 25. September in Trier zur Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Weiterführende Informationen zum Prozess sowie über die Möglichkeiten der Beteiligung finden Sie auf der Internetseite www.masterplan.rlp.de.

DIGITALISIERUNG: WEG FREI FÜR OFFENES WLAN

Die umfassende Digitalisierung bewirkt einen ständigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel. Die Möglichkeit, immer und überall digitale Dienste zu nutzen, birgt große Potenziale, die Deutschland nach vorne bringen. In dieser Woche beschließt der Bundestag nun in 2. und 3. Lesung das dritte Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes zur gesetzlichen Regelung des Umfangs der Haftungsbeschränkung für WLAN-Anbieter.

„Neben dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur ist die Ermöglichung offener WLAN-Netze ein wichtiges politisches Anliegen in Deutschland und in Europa, insbesondere mit Blick auf die Internetversorgung im ländlichen Raum“, sagte die Ministerpräsidentin und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder, Malu Dreyer.

„Wir haben uns sehr früh für Rechtssicherheit für WLAN-Anbieter eingesetzt und die Abschaffung der sogenannten Störerhaftung gefordert. Deshalb begrüße ich es sehr, dass der Bundestag sich noch vor der Sommerpause auf das dritte Gesetz zur Änderung des Telemediengesetzes geeinigt hat und so die Rechtslage für WLAN-Anbieter eindeutig klärt“, so die Ministerpräsidentin.

MEHR GELD FÜR FERIENBETREUUNG IM AK-LAND

Land stellt Jugendämtern eine Dreiviertel Million Euro bereit

Das Land Rheinland-Pfalz ist der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in allen Lebenslagen wieder ein Stück näher gekommen: Die SPD-geführte Landesregierung hatte im Koalitionsvertrag mit FDP und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, die Ferienbetreuung für Schulkinder, insbesondere in den anstehenden Sommerferien, deutlich auszuweiten. Dafür nimmt das Land nun spürbar mehr Geld in die Hand: Das Fördervolumen für Betreuungsangebote wird von 300.000 Euro im Jahr 2016 auf nun 750.000 Euro im Jahr 2017 angehoben.

Die heimische SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler freut sich, dass die SPD damit eine ihrer zentralen Wahlkampfaußagen aus dem Bereich „Bildung, Kinder und Familie“ einlösen kann verweist darauf, dass man dabei sogar noch weiter gehen werde: „Bereits 2018 werden die Mittel nochmals auf eine Million Euro aufgestockt“, weiß Bätzing-Lichtenthäler zu berichten. Dies sei bereits im Doppelhaushalt 2017/18 des Landes so beschlossen worden. Jedes Jugendamt erhält dabei eine Grundpauschale von 7.400 Euro und eine individuelle Summe, die nach dem Anteil der sechs- bis 13-jährigen Kinder und Jugendlichen in einem Jugendamtsbezirk berechnet wird. „Die Kommunen entscheiden weitgehend frei über die Mittel und können sie regional passend zum Bedarf einsetzen“, so die rheinland-pfälzische Bildungsministerin und Kabinettskollegin von Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Dr. Stefanie Hubig, die das Förderprogramm verantwortet.

Das aufgestockte Fördervolumen wirke sich bereits jetzt positiv auf das Angebot vor Ort aus – auch in Bätzing-Lichtenthälers Heimatlandkreis: Im Jahr 2016 seien im Kreis Altenkirchen nur sechs solcher Betreuungsmaßnahmen mit nur 125 teilnehmenden Kindern für die Ferien beantragt worden. Für das Jahr 2017 seien bereits jetzt beim Land 24 Maßnahmen mit 460 teilnehmenden Kindern beantragt worden. Eine mehr als deutliche Steigerung, die sich – wenn es nach ihr ginge – gerne so fortsetzen dürfte. „Die Sommerferien stehen vor der Tür – und die Eltern in Rheinland-Pfalz, die in dieser Zeit ganz oder teilweise arbeiten gehen müssen, dürfen ihre Kinder gut betreut wissen“, freut sich Sabine Bätzing-Lichtenthäler. „Wir halten Wort und stärken den Familien im Land den Rücken – getreu nach dem Motto: ‚Gesagt, getan – gerecht.‘“

IN EIGENER SACHE: WIR MACHEN FERIEEN!

Liebe Leserinnen und Leser,

dies war die letzte Ausgabe der wöchentlichen „Wahlkreispost“ von Sabine Bätzing-Lichtenthäler vor der Sommerpause. Die nächste Ausgabe 26/2017 erscheint voraussichtlich am 14.08.2017.

Für die dazwischenliegenden Wochen wünschen wir gute Erholung bei hoffentlich reichlich Sonne und vielen schönen Sommerabenden! Nach der Sommerpause können wir die wieder aufgeladenen Akkus für die „heiße Phase“ des Bundestagswahlkampfes sicherlich alle mehr als gut gebrauchen.

Alles Gute – und bis dahin!

Die „Wahlkreispost“

